

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2021

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
1.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
2.	Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	3
II.	Wintertagung vom 24. bis 26. Februar 2021 per Videokonferenz.....	4
III.	Remote Tagung vom 30. Juni bis 6. Juli 2021.....	5
1.	Der Ständige Ausschuss	6
2.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	6
3.	Plenarversammlung.....	8
4.	Wahlen.....	9
IV.	Herbsttagung vom 3. bis 4. November 2021 per Videokonferenz.....	10
1.	Der Ständige Ausschuss	10
2.	Mittelmeerforum.....	10
3.	Parlamentarische Konferenz: «Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen: Fokus auf Afghanistan»	10
V.	Call for Action – Helsinki +50 Process	11
VI.	Zusammenarbeit	11
VII.	Kostenaufwand der Delegation.....	11
VIII.	Weitere Informationsquellen.....	11
IX.	Schlusswort und Antrag	12

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die ihm Rahmen der OSZE PV durchgeführt werden. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2021.

1. Zusammensetzung der Delegation

Im Anschluss an die im Februar 2021 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 gewählt. Die Delegation setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Norma Heidegger, Delegationsleiterin
- Abg. Sebastian Schädler, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Elke Kindle, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Günter Vogt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

2. Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die OSZE ist ein Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Sie wurde 1975 als Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Liechtenstein gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Ihr gehören 57 Staaten aus Europa, Asien und Nordamerika an.

Die Parlamentarische Versammlung wurde in Übereinstimmung mit der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 gegründet. Sie vereint 323 Parlamentarier von Vancouver bis Wladiwostok. Die Hauptaufgabe ist die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Zu den Entscheidungsgremien der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gehören das Präsidium der Versammlung sowie der Ständige Ausschuss welcher sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitern der nationalen Delegationen zusammensetzt. Liechtenstein ist in der Parlamentarischen Versammlung mit zwei Mitgliedern sowie zwei Stellvertretern vertreten. In jedem der drei Allgemeinen Ausschüsse besitzt Liechtenstein ein Stimmrecht.

II. Wintertagung vom 24. bis 26. Februar 2021 per Videokonferenz

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrößte Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet üblicherweise ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse. Dieses Jahr wurde die Wintertagung aufgrund der Covid-19-Pandemie verkürzt per Videokonferenz durchgeführt.

Aufgrund der Landtagswahlen vom 7. Februar konnte Liechtenstein keine Delegation an die Wintertagung entsenden. Insgesamt nahmen knapp 270 Parlamentarier aus den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten an der virtuellen Konferenz teil.

1. Eröffnungssitzung und Generaldebatte

An der Eröffnungssitzung sprachen Wolfgang Sobotka, österreichischer Nationalratspräsident, Lord Peter Bowness (Vereinigtes Königreich), Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ann Linde, derzeitige Vorsitzende der OSZE und schwedische Außenministerin, und die neue OSZE-Generalsekretärin Helga M. Schmid.

In der Generaldebatte betonten die Parlamentarier die Notwendigkeit, die Schaffung neuer Trennlinien im OSZE-Raum zu vermeiden, und sprachen Themen wie Medienfreiheit, Migration, langwierige Konflikte und sich verschlechternde Menschenrechtsstandards an. Die Parlamentarier betonten auch die Notwendigkeit, sich wieder auf den Geist des Multilateralismus zu besinnen, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki 1975.

2. Der Ständige Ausschuss

Der Ständige Ausschuss der Versammlung besteht aus dem Präsidenten der Versammlung, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitern der nationalen Delegationen. An der Sitzung wurden verschiedene Berichte zur Kenntnis genommen: darunter jener des Präsidenten, des Generalsekretärs und des Schatzmeisters. Ebenfalls stimmte der Ständige Ausschuss dem Antrag, die Geschäftsordnung zu ändern, zu.

Der Präsident der Versammlung, Lord Peter Bowness, berichtete dem Ständigen Ausschuss über seine jüngsten Aktivitäten und skizzierte die Prioritäten der PV, insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Er betonte, dass es von entscheidender Bedeutung sei, dass die PV anlässlich der Jahrestagung eine neue Führung wählt. Dies erfordere eine Änderung der Geschäftsordnung, um Fernabstimmungen zu ermöglichen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterausschusses für die Geschäftsordnung stellte Präsident Bowness die vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung vor, die Fernwahlen ermöglichen würde, und die Massnahmen wurde ohne Einwände angenommen.

Schatzmeister Peter Juel-Jensen (Dänemark) berichtete über die finanzielle Situation der Versammlung und betonte, dass der unabhängige Rechnungsprüfer für das Geschäftsjahr 2019/2020 eine positive Bewertung der Finanzverwaltung der PV abgegeben hat. Die Einsparungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie seien beträchtlich gewesen und hätten dazu beigetragen, die nationalen Beiträge für das laufende Haushaltsjahr zu senken.

Der Generalsekretär der PV, Roberto Montella, berichtete, dass die Versammlung während der Covid-19-Pandemie durch neue kreative Formate einen kontinuierlichen politischen Dialog und Kontinuität in den Aktivitäten der Versammlung aufrechterhalten habe und dabei Flexibilität und Engagement bewiesen habe.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Berichterstatte Laurynas Kasciunas (Litauen) stellte seine Ideen für seinen Bericht anlässlich der Jahrestagung vor. Anschliessend sprachen Botschafter Neil Bush, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses des Ständigen Rates der OSZE und Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs bei der OSZE, Botschafter Philip T. Reeker, Acting Assistant US Secretary of State, US-Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation, Botschafter Kairat Abdrakhmanov, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, und Botschafter Yasar Halit Cevik, Chefbeobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Berichterstatte Elona Hoxha-Gjebrea (Albanien) stellte ihre Überlegungen für ihren Bericht für die Jahrestagung vor. Anschliessend sprachen Botschafter Florian Raunig, Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses, und Botschafter Vuk Žugić, Koordinator der Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE. An ihre Vorträge schloss sich eine Diskussion an, die sich auf die Frage konzentrierte, wie OSZE-Parlamentarier und Regierungsvertreter der OSZE ihre Kräfte beim Aufbau wirtschaftlicher und ökologischer Sicherheit inmitten der Covid-19-Pandemie bündeln können.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Kari Henriksen (Norwegen) stellte ihre Vorschläge für den Bericht und den Entschliessungsentwurf für die Jahrestagung vor. Anschliessend sprachen Matteo Mecacci, Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Teresa Ribeiro, OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, und Anne-Kirsti Karlsen, Vorsitzende des Ausschusses für die menschliche Dimension des Ständigen Rates der OSZE. In der Diskussion wurden Themen wie die Notwendigkeit der Einhaltung des humanitären Völkerrechts bei bewaffneten Konflikten, die Freiheit der Medien, die Gleichstellung der Geschlechter, die Schwierigkeiten, mit denen Flüchtlinge und Migranten konfrontiert sind, die Notwendigkeit des Aufbaus widerstandsfähiger Gesellschaften, um mit Herausforderungen wie Covid-19 fertig zu werden, und die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs über Menschenrechtsfragen angesprochen.

III. Remote Tagung vom 30. Juni bis 6. Juli 2021

Die vorgesehene Jahrestagung in Bukarest musste aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden. Das Präsidium der Versammlung beschloss daraufhin, eine Remote Tagung bestehend aus virtuellen Sitzungen der drei Allgemeinen Ausschüsse sowie einer hybriden Sitzung des Ständigen Ausschusses und einer hybriden Plenarsitzung in Wien abzuhalten. Der Zugang zu den Sitzungen in Wien war alleinig den Delegationsleitungen, den Präsidiumsmitgliedern sowie den Spezialrapporteure vorbehalten.

1. Der Ständige Ausschuss

Liechtenstein wurde an der Sitzung am 5. Juli durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger in Wien vertreten. An der Sitzung wurden die Berichte der Präsidenten, des Schatzmeisters und des Generalsekretärs zur Kenntnis genommen. Der Voranschlag für 2021-2022 wurde vom Ständigen Ausschuss genehmigt und verabschiedet. Ebenfalls entschied der Ständige Ausschuss, keines der drei eingegangenen Urgency Items/Dringlichkeitsfragen auf die Tagesordnung der Plenarversammlung zu setzen.

2. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Die drei Allgemeinen Ausschüsse tagten virtuell und berieten insbesondere die von den Berichterstattern erstellten Berichte zum Thema «Reinforcing Multilateralism in Times of Global Crisis: A Parliamentary Call for Future Action».

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Sicherheit Richard Hudson (Vereinigte Staaten) betonte in seiner Eröffnungsrede die wichtige Rolle des Ausschusses, auf eine freie und friedliche OSZE-Zone hinzuarbeiten. Dabei sollten in allen Teilnehmerstaaten die grundlegenden Prinzipien der Schlussakte von Helsinki vollständig umgesetzt sein.

Der Berichterstatter Laurynas Kasciunas erinnerte bei der Vorstellung seines Berichts daran, dass Covid-19 nicht die einzige unerwartete Herausforderung sein werde, der sich die internationale Gemeinschaft in den kommenden Jahren stellen müsse. Nur wenn alle den Geist von Helsinki verteidigen, könne man künftige Krisen gemeinsam und solide überstehen und die umfassende Sicherheit aller Bürger gewährleisten. Er bedauerte, dass das OSZE-Gebiet nach wie vor von grossen Sicherheitsbedrohungen, von militärischer Aggression gegen Nachbarländer, Besetzung und illegaler Annexion von Gebieten bis hin zu Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten betroffen sei. Weiter unterstrich er in seinen Ausführungen, dass es an der Zeit sei, dafür zu sorgen, dass den Prinzipien auch Taten folgen.

In der anschliessenden Debatte über den Bericht brachte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Costel Neculai Dunava (Rumänien) seine Unterstützung für OSZE-Mechanismen wie das Wiener Dokument und den Vertrag über den Offenen Himmel als wichtige vertrauensbildende Massnahmen zum Ausdruck.

Die Parlamentarier machten ebenfalls auf die humanitären Auswirkungen von Konflikten, auf Bedrohungen wie gewalttätigen Extremismus und Terrorismus, auf die Grenzziehung in Georgien, auf die Herausforderungen im Mittelmeerraum und auf den Status von Zypern aufmerksam. Es wurde Unterstützung für die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine geäussert. Andere Parlamentarier äusserten ihre Besorgnis über die allgemeine Verschlechterung der Sicherheit im OSZE-Gebiet, wobei die OSZE-Instrumente wie der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit als wichtig für die Standardisierung des Verhaltens der Sicherheitskräfte sowohl innerhalb des Staates als auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen hervorgehoben wurden. Die Notwendigkeit der Einhaltung des Völkerrechts und der Sicherstellung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte wurde als wesentlich unterstrichen.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Doris Barnett (Deutschland) nannte die öffentliche Gesundheit, Korruption, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Klimawandel und Umweltverschmutzung als die derzeit grössten Bedrohungen für die Welt. Barnett forderte, dass kurzsichtige, parteiische, nationale Interessen für das Gemeinwohl zurückgestellt werden sollten.

Die Berichterstatterin Elona Gjbrea Hoxha betonte in ihrem Bericht, dass die internationale Gemeinschaft aus den Erfahrungen der Covid-19-Pandemie lernen sollte, um künftige ähnliche Krisen zu bewältigen und die Welt durch eine verantwortungsvollere Politik angemessen zu schützen. Weiter hob sie hervor, wie die Covid-19-Pandemie die Wirtschaft unterminiert und das Leben von Milliarden von Menschen rund um den Globus auf den Kopf gestellt habe, und unterstrich die Notwendigkeit koordinierter Anstrengungen bei der Bewältigung einer Vielzahl komplexer, miteinander verbundener Probleme. Die Berichterstatterin unterstrich, dass die Parlamentarier eine führende Rolle bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung nach Covid-19 spielen müssten. In Bezug auf die wirtschaftliche Sicherheit stellte sie in ihrem Bericht fest, dass politische und soziale Anpassungen dringend erforderlich seien. Der Umweltschutz müsse im Zentrum der Sicherheitsagenda stehen, da die Umweltzerstörung eine der dringendsten Bedrohungen für die menschliche Zivilisation darstelle.

In der anschliessenden Debatte meldeten sich über 30 Parlamentarier zu Wort. Dabei erhielt der Bericht grosse inhaltliche Zustimmung. Es wurden Themen wie das Migrationsmanagement, die Gewalt gegen Frauen während der Pandemie und die erhöhten Risiken von Menschenhandel und Schmuggel angesprochen. Die Priorisierung der Korruptionsbekämpfung, der Terrorismusbekämpfung und der Geldwäsche wurde als besonders wichtig hervorgehoben. Der Klimawandel wurde ebenfalls als dringende Priorität geäussert, einschliesslich der Umweltauswirkungen des Konflikts in der Ukraine. Auch die verschiedenen Konfliktregionen in der OSZE-Region wurden thematisiert. Die Bedeutung aller Parlamentarier zur Lösung der bestehenden Probleme wurden besonders hervorgehoben.

Der Abgeordnete Sebastian Schädler nahm virtuell an der Sitzung des Zweiten Ausschusses teil.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Im Mittelpunkt der Sitzung standen Themen wie der Stand der multilateralen Diskussionen über Menschenrechte, Intoleranz und Diskriminierung und die Rolle des Gesundheitswesens als Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Berichterstatterin des Ausschusses Kari Henriksen führte aus, dass viele OSZE-Länder eine Zunahme des Autoritarismus, Einschränkungen der Medienfreiheit, Angriffe auf Journalisten, einen Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt und eine Pandemie von Hassreden gegen Minderheiten, Flüchtlinge und Migranten und andere gefährdete Personen erlebt hätten. Sie betonte die Bedeutung der multilateralen Diplomatie, um das Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen. Henriksen ermutigte alle Parlamente, die Instrumente zu nutzen, die der OSZE zur Verfügung stehen, darunter die Überprüfung von Gesetzen durch Experten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie die Empfehlungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten und

des Beauftragten für Medienfreiheit. Henriksen wies besonders auf die Folgen ungelöster Konflikte in der OSZE-Region hin.

In der Debatte über den Bericht betonten die Parlamentarier, dass die OSZE als grösste Sicherheitsorganisation der Welt eine Schlüsselrolle bei einer erneuten Konzentration auf eine menschenzentrierte Konfliktlösung in einer Ära nach Covid-19 spielen kann und muss. Mehrere Parlamentarier äusserten ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage in Belarus und der Russischen Föderation, einschliesslich der anhaltenden Inhaftierung von Oppositionellen. Die Abgeordneten hoben die Zunahme der häuslichen Gewalt, die Frage der universellen Gesundheitsversorgung als Menschenrecht, die Medienfreiheit und die Situation von Migranten und Flüchtlingen im OSZE-Raum hervor.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Michael Georg Link (Deutschland) sprach über die Wahlbeobachtung und wies auf die Schwierigkeiten hin, die die Pandemie für diese wichtige OSZE-Aktivität mit sich bringt.

Die Delegationsleiterin Norma Heidegger nahm virtuell an der Sitzung des Dritten Ausschusses teil.

3. Plenarversammlung

Die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung trafen sich zu einer hybriden Plenarsitzung. Liechtenstein wurde durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger in der Wiener Hofburg und durch den Abgeordneten Sebastian Schädler online vertreten. Die Sitzung begann mit den Ansprachen des Präsidenten Lord Peter Bowness sowie der amtierenden OSZE-Vorsitzenden Ann Linde (Aussenministerin von Schweden).

Urgency Items/Dringlichkeitsfragen

Nachdem der Ständige Ausschuss die drei eingereichten Dringlichkeitsfragen nicht auf die Tagesordnung der Plenarversammlung gesetzt hatte, nutzten die Antragssteller ihr Recht, diese schriftlich bei der Versammlung einzureichen. Anschliessend fiel es der Plenarversammlung zu, mit einer Zweidrittelmehrheit darüber zu entscheiden, ob die Dringlichkeitsfragen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sämtliche Dringlichkeitsfragen erhielten die erforderliche Mehrheit und wurden nach langer Diskussion über die Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Plenarversammlung gesetzt:

- Addressing the rise in hate, intolerance, violence and discrimination across the OSCE region.
Erstunterzeichner: Benjamin Cardin (Vereinigte Staaten).
- The general approach to dissent in Belarus.
Erstunterzeichnerin: Farah Karimi (Niederlande).
- The destabilizing military build-up by the Russian Federation near Ukraine, in the temporarily occupied autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol, Ukraine, the Black Sea and the Sea of Azov.
Erstunterzeichner: Mykyta Poturaiev (Ukraine).

[Nach der Abstimmung, ob die Dringlichkeitsfragen auf die Tagesordnung gesetzt werden, verliess die Delegation der Russischen Föderation den Sitzungssaal. Anschliessend meldete sich die belarussische Delegation online zu Wort und gab bekannt, ebenfalls die Sitzung zu verlassen.]

In der anschliessenden Abstimmung wurden alle drei Dringlichkeitsfragen von der Versammlung mit einer erforderlichen einfachen Mehrheit angenommen.

In der Folge stellten verschiedene Ad-hoc-Vorsitzende sowie Spezialrapporteure der Versammlung ihre Berichte vor. Ebenfalls wurden Berichte über durchgeführte Wahlbeobachtungsmissionen präsentiert. Aufgrund der zeitlichen Beschränkung der Plenarsitzung konnte die offene Debatte nicht durchgeführt werden.

4. Wahlen

Die Wahlen für die Amtsträger der Versammlung fanden aufgrund der hybriden Sitzung erstmals elektronisch statt. Als neue Präsidentin der Versammlung wurde die schwedische Abgeordnete Margareta Cederfelt mit wenigen Stimmen Vorsprung auf ihre Konkurrentin, die Norwegerin Kari Henriksen, gewählt. Sie tritt die Nachfolge des Interimspräsidenten Lord Peter Bowness an, welcher das Mandat knapp sieben Monate innehatte. Lord Bowness folgte auf George Tsereteli, welcher die Wiederwahl im georgischen Parlament verpasste. Ebenfalls wurden acht Vizepräsidenten sowie die Amtsträger der drei Allgemeinen Ausschüsse gewählt. Der Schatzmeister der Versammlung Peter Juel-Jensen wurde in seinem Amt bestätigt.

Präsidentin: Margareta Cederfelt (Schweden), Amtsdauer 1 Jahr

Vizepräsidenten: Roger Wicker (Vereinigte Staaten), Amtsdauer 3 Jahre
Pia Kauma (Finnland), Amtsdauer 3 Jahre
Reinhold Lopatka (Österreich), Amtsdauer 3 Jahre
Pascal Allizard (Frankreich), Amtsdauer 2 Jahre
Daniela DeRidder (Deutschland), Amtsdauer 2 Jahre
Askar Shakirov (Kasachstan), Amtsdauer 2 Jahre
Irene Charalambides (Zypern), Amtsdauer 1 Jahr
Kristian Vigenin (Bulgarien), Amtsdauer 1 Jahr

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Vorsitzender: Richard Hudson (Vereinigte Staaten)
Vizevorsitzender: Costel Neculai Dunava (Rumänien)
Berichterstatte: Laurynas Kasciunas (Litauen)

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Vorsitzender: Pere Joan Pons (Spanien)
Vizevorsitzender: Artur Gerasymov (Ukraine)
Berichterstatte: Gudrun Kugler (Österreich)

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Vorsitzende: Sereine Mauborgne (Frankreich)
Vizevorsitzender: Michael Georg Link (Deutschland)
Berichterstatte: Johan Buser (Schweden)

Die Amtsdauer der Gewählten in den drei Allgemeinen Ausschüsse beträgt 1 Jahr.

Schatzmeister: Peter Juel-Jensen (Dänemark), Amtsdauer 2 Jahre

IV. Herbsttagung vom 3. bis 4. November 2021 per Videokonferenz

Die Herbsttagung fand virtuell statt. Aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Landtags-sitzung nahm die stv. Abgeordnete Elke Kindle an den Sitzungen teil.

1. Der Ständige Ausschuss

An der Sitzung des Ständigen Ausschusses wurden verschiedene Berichte zur Kenntnis genommen. Die im Juli gewählte Präsidentin der Versammlung, Margareta Cederfeldt, erläuterte in ihrem Bericht ihre Prioritäten und ihre wichtigsten Tätigkeitsbereiche seit ihrer Wahl. Peter Juel-Jensen, Schatzmeister, berichtete über den Stand der Finanzen der Versammlung und zog eine positive Bilanz. Der Generalsekretär, Roberto Montella, wies in seinem Bericht auf die stark zunehmenden Aktivitäten der Versammlung der letzten Jahre hin und unterstrich die absolute Notwendigkeit Prioritäten zu setzen. Dabei müsse Qualität vor Quantität gewährleistet sein. Darüber hinaus diskutierten die Parlamentarier weitere Aktivitäten der Versammlung sowie über aktuelle politische Themen.

2. Mittelmeerforum

Der Vorsitzende der OSZE-Kooperationsgruppe für die Mittelmeerpartner, Botschafter Adam Halacinski, unterrichtete die Versammlung über vergangene und bevorstehende OSZE-Initiativen mit den Mittelmeerpartnern und erörterte Möglichkeiten zur Verbesserung der OSZE als Plattform für die Debatte über die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in der Region. Er hob eine Reihe von Prioritäten hervor, darunter die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität.

Der Sonderbeauftragte der PV für den Mittelmeerraum und Vizepräsident Pascal Allizard (Frankreich) stellte fest, dass die Covid-19-Pandemie die Spannungen und Krisen in der Region verschärft hat. Die Pandemie habe die Notwendigkeit kollektiver Antworten sowohl auf Regierungs- als auch auf parlamentarischer Ebene deutlich gemacht.

Die Delegationsleiter der Mittelmeerstaaten nannten die Themen Terrorismus, Kriminalität und den Klimawandel als drängende Herausforderungen für ihre Region. In der Debatte wurde die Migration als eine Herausforderung für ganz Europa und nicht nur für die Mittelmeerländer hervorgehoben.

3. Parlamentarische Konferenz: «Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen: Fokus auf Afghanistan»

Die Präsidentin der Versammlung, Margareta Cederfeldt, eröffnete die Debatte mit der Feststellung, dass die Geschehnisse in Afghanistan erhebliche Auswirkungen auf die Nachbarländer und die internationale Sicherheit im Allgemeinen haben. Sie wies auch darauf hin, dass angesichts der Geschichte der Taliban ernsthaft zu befürchten sei, dass Afghanistan erneut zu einem sicheren Zufluchtsort für terroristische Gruppen werde und dass die hart erkämpften Rechte von Frauen und Mädchen ausser Kraft gesetzt würden.

In der Debatte äusserten sich die Parlamentarier besorgt über die Menschenrechtslage, insbesondere über die Bedrohung von weiblichen Parlamentariern und generell von Frauen, Mädchen und LGBT-Gemeinschaften. Die Geschwindigkeit, mit der die afghanische Regierung zusammengebrochen ist, sei erstaunlich, und einer der Hauptfaktoren für den

raschen Zusammenbruch sei die Korruption, die daher als ein Sicherheitsproblem verstanden werden sollte. Dies unterstreiche die Notwendigkeit, die Bemühungen um die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit im gesamten OSZE-Raum zu verstärken.

V. Call for Action – Helsinki +50 Process

Die Versammlung lancierte die Initiative «Call for Action – Helsinki +50 Process» mit dem Ziel die Arbeitsweise der OSZE zu verbessern und die politische Aufmerksamkeit dafür zu erhöhen. Das erarbeitete Dokument unterstreicht die Bedeutung der Umsetzung der wichtigsten Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten, eines stärkeren und gezielteren Überprüfungsprozesses und weist auf die Notwendigkeit hin, die Rolle der Organisation bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu stärken und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, unter anderem durch die Förderung eines echten politischen Dialogs.

Der Start der Initiative bildete ein erster virtueller runder Tisch am 27. Januar 2021. Ziel der Diskussionen ist es einen Fahrplan und eine Agenda für die nächste Phase zu entwickeln und mögliche Diskussionsthemen zu identifizieren und zu priorisieren sowie das weitere Vorgehen zu planen. Ein zweites Treffen fand am 10. März ebenfalls virtuell statt. Das dritte virtuelle Treffen wurde am 5. Mai durchgeführt. Liechtenstein wurde durch die stv. Abgeordnete Elke Kindle vertreten. An der Diskussion kamen die Teilnehmer überein, dass die Bereitstellung einer Plattform für den internationalen Dialog die Kernfunktion der OSZE sei. Hinsichtlich der Notwendigkeit, den Dialog innerhalb der OSZE zu verbessern, wurde betont, dass dies viel Arbeit erfordere und dass ein sinnvoller Dialog nur auf der Grundlage der Achtung gemeinsamer Werte möglich sei.

VI. Zusammenarbeit

Am 22. Juni 2021 fand ein gemeinsames Treffen der Parlamentarierdelegation mit der Aussenministern Dominique Hasler statt. Bei dem Gespräch konnten gemeinsame Prioritäten diskutiert und die weitere Zusammenarbeit besprochen werden.

VII. Kostenaufwand der Delegation

Im Berichtsjahr 2021 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 1'054 (Vorjahr CHF 3'768). Die Taggelder machten im Jahr 2021 CHF 4'000 (Vorjahr CHF 5'600) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betrugen CHF 5'008.

VIII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen, wie detaillierte Berichte zu den Tagungen sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

IX. Schlusswort und Antrag

Für Liechtenstein ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine wichtige Plattform, um sich gemäss den aussenpolitischen Prioritäten für Frieden und Sicherheit in Europa, in seinen Nachbarregionen und in der Welt insgesamt einzusetzen und um auf die eigene Souveränität aufmerksam zu machen. In dieser Funktion nahm die Delegation in neuer Zusammensetzung mit Sebastian Schädler, Günter Vogt, Elke Kindle und mir als Delegationsleiterin, ab März 2021 die Arbeit auf. Wir nahmen an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die im Rahmen der OSZE PV, oder mit den ihr verbundenen Institutionen, durchgeführt wurden. Mit persönlicher Präsenz wurde nur die Jahrestagung im Juli in Wien durchgeführt.

Der Dialog innerhalb der OSZE wurde durch die Pandemie massiv erschwert und die Tagungen mussten, mit Ausnahme der Jahrestagung, online durchgeführt werden. Es wurde versucht in den Meetings auf die stärker aufkommenden Auswirkungen der Pandemie aufmerksam zu machen und diese durch Gespräche und Massnahmen anzugehen. Die Themen waren hauptsächlich die zunehmende Gewalt, Intoleranz, Hass und Diskriminierung, sowie die Konflikte in der Ukraine und in Belarus. Zudem konnten die Wahlbeobachtungen aufgrund der eingeschränkten Reisetätigkeit nur begrenzt oder gar nicht mehr wahrgenommen werden.

Für die Jahrestagung im Juli wurde aufgrund der Pandemie beschlossen, die Sitzung des Ständigen Ausschusses und die Plenarsitzung in hybrider Form in Wien durchzuführen. Der physische Zugang war ausschliesslich den Delegationsleitungen vorbehalten, weshalb ich als Delegationsleiterin allein nach Wien reiste. In diesem Zusammenhang fand auch ein erstes Treffen mit dem Stellvertreter der Botschafterin, Dominik Marxer, in der Botschaft statt.

An der Sitzung des Ständigen Ausschusses vom 5. Juli 2021 wurden dann die Berichte des Präsidiums verlesen und der Präsident Lord Peter Bowness betonte einmal mehr, dass die OSZE eine wichtige Rolle beim Thema Multilateralismus einnimmt und dass die Stärkung und Festigung weiter vorangetrieben werden muss. Weitere Themen und Schwerpunkte waren die Menschenrechte im Allgemeinen, die Pandemie und die häusliche Gewalt, Afghanistan, Belarus, Ukraine, Intoleranz, Gewalt und Diskriminierung. Anschliessend an die Berichte der Präsidenten wurden dann die Wahlen durchgeführt und für alle Anwesenden war es deutlich spürbar, wie hart umkämpft das Amt der Präsidentschaft und der Vizepräsidenten war. Mit knapper Mehrheit wurde dann die Abgeordnete Margareta Cederfelt aus Schweden für ein Jahr als Präsidentin gewählt.

Bei einem informellen Gespräch mit der Deutschen Delegation wurde dann geäussert, dass schon mehrfach angeregt wurde, Treffen nur für die deutschsprachigen OSZE-Mitgliedstaaten zu planen und durchzuführen. Es wird sich zeigen, ob so ein Treffen bereits im 2022 möglich sein wird.

Liechtenstein unterstützt auch das OSZE-Jugendforum «Perspectives 20-30» das Veranstaltungen für Jugendliche zwischen 16 und 29 Jahren organisiert, bei denen Dialoge und Diskussionen über Themen wie neue Technologien, Umwelt und Energie, Sicherheit und Menschenrechte aufgenommen werden. Am 23. Juni 2021 fand eine weitere internationale virtuelle OSZE «Jugend-Roadshow» statt, an der junge Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner teilnahmen. Als Vertreter der OSZE-Delegation waren Sebastian Schädler und ich eingeladen, um am Ende der Diskussion die Hauptaussagen mitzuverfolgen.

Ich bedanke mich abschliessend herzlich bei meinen Delegationskolleginnen und Kollegen, bei Martin Frick vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Botschaft in Wien und der Regierung für die Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für ihre allzeit professionelle und wertvolle Unterstützung.

Ich bitte den Hohen Landtag den Jahresbericht 2021 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Norma Heidegger

Triesen, im Januar 2022